

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

18.2.1868 (No. 41)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 18. Februar.

N. 41.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 11. Februar d. J. allergnädigst bewegen gelassen, dem Professor Willmann an der Kunstschule dahier die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis zu ertheilen, das ihm von Seiner Majestät dem König von Württemberg verliehene Ritterkreuz des Friedrichs-Ordens anzunehmen und tragen zu dürfen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 17. Febr. Aus dem Bericht der Budgetkommission über das Budget der Großherzoglichen Verwaltung, erstattet von dem Abg. Frick, heben wir folgende Stellen hervor. Der Bericht sagt in seinem ersten Theil:

I. Indem die Budgetkommission den letzten der Budgetberichte vorlegt, ist sie sich der Schwierigkeit dieser Aufgabe in vollem Maße bewusst. Seit langen Jahren war sie nicht in dem Fall, eine so durchgreifende Erhöhung der Steuern dem Hause anempfehlen zu müssen, wie dieses gegenwärtig der Fall ist. Allein die gegenüber den Staatsbedürfnissen und in reichlicher Erwägung der Zeitverhältnisse beschlossenen Spezialbudgets verlangen dieses, und das Budget der Großherzoglichen Verwaltung ist im Ganzen nur die Folge früherer Beschlüsse. Beschlossen sind nämlich folgende Ausgaben und Einnahmen:

	1868.	1869.
Ausgaben.		
I. Staatsministerium	905,626	905,626
II. Ministerium des Großherzogs und der ausw. Angelegenheiten	104,610	104,610
III. Justizministerium	1,632,803	1,631,573
IV. Ministerium des Innern	2,418,178	2,409,036
V. Handelsministerium	1,864,583	1,861,949
VI. Finanzministerium	2,292,257	2,350,021
VII. Kriegministerium	4,533,566	4,873,881
zusammen	13,751,623	14,136,696
Hierzu a. Ausgaben der Steuerverwaltung (nach der Vorlage)	1,014,048	1,014,048
b. Mehraufwand nach dem Schulgesetze	423,000	423,000
Summe	14,888,671	15,273,744
Deckungsmittel.		
Die Reineinnahmen des		
Justizministeriums	189,861	188,421
Ministeriums des Innern	274,001	274,001
Handelsministeriums (einschl. Wasser- und Straßenbau)	397,641	397,641
Finanzministeriums ohne Lit. II. Steuern.)	4,729,723	4,751,959
Kriegministeriums	82,200	82,200
zusammen	5,673,426	5,694,222
Mehrausgabe	9,215,245	9,579,522
Einnahme der Steuerverwaltung (nach der Vorlage)	9,772,496	9,772,496
Einnahmehüberschuss	557,251	192,974

Aus dieser Vergleichung der Einnahmen und Ausgaben ist zu entnehmen, daß eine Steuererhöhung und zwar in der von Großherzoglicher Regierung vorgeschlagenen Höhe, unvermeidlich ist. Der Ueberschuss, welcher sich nach obiger Tabelle für 1868 auf 557,251 fl. und für 1869 auf 192,974 fl. berechnet, ist nämlich kaum groß genug, um die etwaige Minderung der Einnahmen an indirekten Steuern zu decken, geschweige denn einen nennenswerthen Beitrag zur Deckung des außerordentlichen Budgets zu gewähren.

II. Nach dem Vortrag des Großherzoglichen Staatsministers der Finanzen, wem dieselbe der Zweiten Kammer das 3. Beilagenheft übergab, würde die reine Einnahme der Steuerverwaltung nach den bisherigen Sätzen in runder Summe betragen 7,000,000 fl.

Die Reineinnahme hat im Jahr 1866 einschließlich der Katastervermessung im ordentlichen Etatstragen 7,220,415 fl., mithin gegen den neuen Vorschlag mehr 220,415 fl.

Für die bereits laufende Budgetperiode soll nun eine Steuererhöhung von 1,750,000 fl., d. h. von 25 % eintreten; allein die Erhöhung wird nach dem Bericht des Abg. Kirchner zum Gesetze über die provisorische Steuererhöhung nur ertragen 1,718,061 fl.

In der Regierungsvorlage ist zwar das Defizit unter Voraussetzung der seitherigen Steuerfäße nur auf 1,322,190 fl. berechnet, und der Rest für die noch in Folge neuer Gesetze zu erwartenden und die Erhöhung einiger anderen Ausgaben bestimmt. Dieser Rest wird nun nach dem oben angeführten Bericht des Abg. Kirchner nur 645,871 fl. betragen.

Werfen wir nun einen Blick auf unsere süddeutsche Nachbarschaft, so sollten in Württemberg die Steuern um 24 Pct. und in Bayern die direkten Steuern um 49 Pct. erhöht werden. Die Steuererhöhung soll bei uns folgende Steuern treffen: 1) Grund- und Häusersteuer, 2) Gewerbesteuer, 3) Klassensteuer, 4) Kapitalsteuer, 5) Accise von Wein in Fässern, 6) Weinohngeld, 7) Biersteuer.

Bei der Vertheilung der Steuererhöhung zwischen direkten und indirekten Steuern hatte die Großherzogliche Regierung nach der Begründung zum Steuerbudget die Absicht, daß das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern nahezu dasselbe bleiben soll wie seither. Diese Absicht ist nach dem vorliegenden Budget auch nahezu erreicht. Nach dem Vorschlag für 1866/67 betragen nämlich die direkten Steuern 3,828,776 fl. und die indirekten 2,625,24 fl., oder die letztern verhalten sich zu den erstern wie 10 : 17.

Nach dem Vorschlag für 1868/69 sollen die direkten Steuern betragen 5,028,674 fl. und die indirekten 3,123,50 fl., oder die letztern verhalten sich zu den erstern nahe wie 10 : 16. Die Kommission hält es für vollkommen gerechtfertigt, daß dieses Verhältnis nahezu gleich gehalten wurde. Das Verhältnis, in welchem die einzelnen Steuern zur Summe aller zu erhebenden Steuern seither beigetragen haben und künftig beitragen werden, ist aus der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Die Gesamtsumme der Steuern, welche erhöht werden sollen, betragt nach den seitherigen Sätzen 4,926,783 fl., und wird nach den erhöhten Sätzen betragen 6,644,841 fl.

(nach der Regierungsvorlage)	Nach den seitherigen Sätzen.	Nach den erhöhten Sätzen.	Differenz.
1) Grund- und Häusersteuer	47,36 %	48,06 %	+ 0,70 %
2) Gewerbesteuer	17,73 "	14,83 "	- 2,87 "
3) Kapitalsteuer	5,06 "	5,63 "	+ 0,57 "
4) Klassensteuer	3,23 "	2,71 "	- 0,52 "
5) Accise von Traubenwein in Fässern in Orten von über 4000 Seelen	2,24 "	2,50 "	+ 0,26 "
6) Accise von Traubenwein in Fässern in andern Orten	6,96 "	7,74 "	+ 0,78 "
7) Ohngeld	6,80 "	7,37 "	+ 0,57 "
8) Aversum für Accise und Ohngeld	0,06 "	0,07 "	+ 0,01 "
9) Biersteuer von inländischem Bier	9,71 "	10,08 "	+ 0,37 "
10) Biersteuer von eingeführtm Bier	0,80 "	0,76 "	+ 0,04 "
	99,95 %	99,98 %	+ 0,03 %

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß alle zu erhebenden Steuererhöhungen künftig wieder zur Gesamtsumme in nahezu demselben Verhältnis beitragen werden, wie bisher. Nur die Gewerbesteuer macht hiervon eine Ausnahme, indem sie künftig um 2,87 % weniger beitragen wird, als seither, und diese Differenz ist durch kleine Zuschläge bei den übrigen Steuererhöhungen ausgeglichen. (Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

○ Stuttgart, 15. Febr. Sitzung der Zweiten Kammer vom 14. Febr.

Der Kriegsact wurde in der gestrigen Abend Sitzung und heute zu Ende beraten. Für Klärung wurden verwilligt jährliche 184,400 fl. Hier ergab sich ein eigentümlicher Zwischenfall. Der Abg. Hopf begann sich hier in eine Bedammungsbewegung gegen das Kaiserntum, das er ein „schandererregendes“ (Schädes) nannte, einzulassen, welche weit aus, kam auf die Landeswehr u. s. w. zu reden, und schilberte das ganze Militärwesen unserer Tage, das demoralisirende u. s. w., als ihm der Präsident ins Wort fiel und bemerkte, solche historische Erörterungen gehören nicht hierher. Die Kammer habe keine Zeit mehr zu solchen Vorlesungen. Paßig erwiderte, Hopf, er könne ja schweigen, schlug klappend unter großem Lärm seinen Platz zu, und stürzte zum Saal hinaus, wahrscheinlich um damit zu zeigen, wie sehr seine Bildung der der Kaiserin voraus sei (?). Hopf kam indessen heute wieder. Höhere Ausbildung von Offizieren erstmals erigirt jährlich 12,000 fl. Eine Kommissionsminderheit will nur 6000 fl. verwilligen, weil, wie Mohl bemerkt, er nicht zur „Verpfehlung“ unserer Offiziere beitragen wollte, denn sie werden ja doch nur nach Berlin geschickt. Oesterlen: Eine „Verpfehlung“ unserer Offiziere wolle er eben so wenig; wenn es sich aber um ihre so notwendige höhere Ausbildung handle, so müssen sie solche da suchen, wo sie zu finden sei, und wäre es selbst in Preußen. Generalmajor Wagner freut sich dieser Äußerung, hat übrigens nicht einmal dabei nur an Berlin gedacht; er werde sie dahin schicken, wo Interessantes zu finden sei. Die ganze Erigenz wird verwilligt. Militärbevollmächtigter in Berlin erigirt 8000 fl., Kommissionsantrag 6000 fl. Eine Minderheit will Abschmung, darunter Mohl. Die Kammer tritt dem Kommissionsantrag bei. Unterstützungen für ehemalige Unteroffiziere und Soldaten 105,687 fl. 17 kr. (Seit 1866 von 66,000 fl.) Quieszenzgebalt 2753 fl. 29 kr. Bis hieher sind die Kosten jährlich; nun kommen einmalige außerordentliche oder vorübergehende. Außerordentlicher Aufwand des Artens, darunter 1,317,066 fl. 40 kr. für

Handfeuerwaffen (Umändern von 29,000 Gewehren in Zündnadelgewehre und Anschaffung von 15,000 neuen Zündnadelgewehren, sowie von Munition). Hier erfuhr Generalmajor Wagner scharfe Angriffe von Seiten der Preußenfeinde wegen der Anschaffung und Umwandlung von Zündnadelgewehren; er rechtfertigte dies jedoch mit dem drohenden Eurenburger Krieg, wo er es für seine Pflicht gehalten habe, für Hinterlader zu sorgen; die Zündnadelgewehre seien damals die einzigen im Feld praktisch erprobten gewesen. Auch sei für gehörige Munition unabhängig von Preußen hinlänglich gesorgt. Verwilligt werden für 1867/68 980,563 fl. 5 kr., für 1868/69 640,201 fl. 20 kr., für 1869/70 363,781 fl. 20 kr. Erste Anschaffung von Munition für den höheren Kriegstand 304,031 fl. 53 kr. Vermehrung der Feldspitaler und sonstigen Sanitätsbedürfnisse 42,000 fl., Poststellen und Bettzeug (zum Einschläfrigen aller Mannschaft, das nur theilweise durchgeführt ist) 95,370 fl., Erweiterung des Kriegsministergebäudes 11,800 fl. Zu Erbauung einer Kaserne in Göttingen und zu Beschaffung neuer Unterkunftsräume für die Truppen erigirt 720,000 fl.; nur verwilligt, da die Kammer von einer neuen Kaserne verzeht nichts wissen will, 330,000 fl. Erbauung und Herstellung von Schießplätzen in Ludwigsburg und Ulm 88,800 fl. Vergrößerung der vorhandenen Exercierplätze und Herstellung weiterer Übungsplätze 120,000 fl. (statt erigirten 180,000 fl.). Damit ist der Militäretat erledigt.

○ Stuttgart, 16. Febr. Sitzung der Zweiten Kammer vom 15. Febr.

In der gestrigen Abend Sitzung wurden die abweichenden Beschlüsse der Ersten Kammer über das Kriegsdienst-Gesetz beraten, ohne daß aber eine Einigung zu Stand gekommen wäre. In einigen Punkten gab zwar die Zweite Kammer nach und vereinigte sich mit den Beschlüssen der Ersten, in andern beharrte sie auf ihren früheren Beschlüssen; es muß jetzt das Gesetz wieder zurück an die letztere; in der auf heute, Sonntag, Nachmittag 4 Uhr anberaumten Sitzung wird die Endabstimmung über das Gesetz vorgenommen werden. Zu Art. 1 hatte die Zweite Kammer nur die Pringen des königl. Hauses von der Kriegsdienst-Pflicht ausgenommen; die Erste Kammer hielt jedoch die auf Grund der Bundesakte in dem bisherigen Gesetz bestehende Ausnahme auch der Mitglieder der mediatisirten, vormals reichsständischen Familien aufrecht. Die Mehrheit der Kommission der Zweiten Kammer trägt auf Zustimmung zu diesem Beschluß an; die Kammer tritt diesem Antrag bei; die Standesherren bleiben also von der Wehrpflicht frei. — Dem Beschluß des andern Hauses auf Beschließung des die hiesigen beschlossenen Minimalmaßes von 5' 4" 5" tritt die Kammer nicht bei, sondern beharrt auf ihrem früheren Beschluß. Ebenso in Betreff der Präsenzzeit der Unteroffiziere, welche die Erste Kammer wie die Reiter zwangsweise über die allgemeine Präsenzzeit von 2 Jahren bei der Fahne behalten wollte. Die Zweite Kammer verwies die Regierung zur Erhaltung des nötigen Unteroffiziersstandes auf die ihr im Etat verwilligten Präsenzzulagen. Auch auf dem Strich der von der Ersten Kammer wiederhergestellten Kontrolloversammlungen der Landwehr beharrte die Kammer. Nicht minder wurde der von der Ersten Kammer gestrichene Art. 23 wieder hergestellt, durch welchen auch gebildeteren Landwirthen und Gewerbetreibenden die Vortheile des einjährigen Freiwilligendienstes zu Gute kommen sollen. Dagegen wurden einige minder bedeutende und redaktionelle Aenderungen und Verbesserungen gutgeheißen. Insbesondere verblieb es auch bei dem von der Ersten Kammer beschlossenen Durchsicht des Artikel 48a, welcher den Jugendwehren die erorbitante Vergünstigung oder vielmehr das Privilegium zuwendete, nur 1/2 Jahr präsent sein zu dürfen. Die Mehrheit der Kommission der diesseitigen Kammer trug auf Weiritt zum jenseitigen Beschluß an; die Minderheit wollte an der Aufrechterhaltung des Art. 48a festhalten. Die Kammer verwarf jedoch letzteren Antrag mit 48 gegen 35 Stimmen. Schließlich handelte es sich noch um den transitorischen Artikel 105 in Betreff der Verhältnisse der noch auf Grund des bisherigen Kriegsdienst-Gesetzes dem Her angehörigen Altersklassen, indem die Zweite Kammer denselben gleichfalls die Vortheile des jetzigen Gesetzes zuwenden wollte, während die Erste Kammer eine solche Bestimmung traf, daß der Herostand intact erhalten und der Unteroffiziersbestand als gesichert erhalte, was nach dem ersten Beschluß der Zweiten Kammer nicht zu sein schien, vielmehr nach ihrem Beschluß aus der neuen Organisation eine Desorganisation des Heeres geworden wäre. Dennoch beantragte die Mehrheit auch jetzt noch Beharren auf den früheren Beschlüssen. Doch wurde ein Vermittlungsantrag des Abg. Schwabener mit großer Mehrheit angenommen, wonach bis 1871 der Unteroffiziersbestand gesichert ist.

W a s h r i f t. Bei der in der heutigen A b e n d s i t z u n g vorgenommenen Endabstimmung ergaben sich 48 Stimmen für, 36 gegen das Gesetz. Dasselbe ist also angenommen. 7 Mitglieder waren abwesend.

München, 15. Febr. Die „Hoffmann'sche Korresp.“ schreibt bezüglich der Nürnberger Burg: Es hat weder eine Abtretung der Burg zu Nürnberg an Preußen, noch überhaupt ein Staatsvertrag in Bezug auf dieselbe stattgefunden. Die Sache reduziert sich darauf, daß der König von Bayern, um der neudefiniten Freundschaft zwischen den beiden Königshäusern und Staaten einen symbolischen Ausdruck zu verleihen, durch einen Brief, datirt vom 30. August 1866, dem König von Preußen angeboten hat, die ehrwürdige Burg seiner Almen gemeinsam mit ihm zu besitzen und bei etwaiger Anwesenheit in Bayern zu bewohnen, und daß der König von Preußen dieses Anerbieten mit aufrichtigem Dank angenommen hat.

München, 15. Febr. Definitive Wahlergebnisse. Amberg Appellationsrath Gührter; Ansbach Stauffenberg; Aichach Appellationsrath Kurz; Altdorf Oberzollrath Weirner; Augsburg Karl Barth; Bayreuth Feustel; Bam-

berg Bürgermeister Schneider; Dinkelsbühl Advokat Erhard; Dillingen Graf Arco-Walley; Deggendorf Frhr. Karl v. Aretin; Donaunorth Graf Arco-Stepperg; Erlangen Prof. Marquardsen; Eichstätt Staatsrath v. Neumayr; Forchheim Minister Hohenlohe; Gernersheim Eisenbahndirektor Jäger; Hof Jansen; Homburg Benzino; Immenstadt Dr. Bölk; Ingolstadt Frhr. Karl v. Aretin; Mertissen Frhr. Maria v. Aretin; Kelheim Prof. Sepp; Kaufbeuren Dr. Müller; Kronach Kaufmann Pfreischner; Kaiserslautern Kolb; Landsbut Frhr. v. Dwo; Landau Jordan; München I. Nachwahl zwischen Ruhwandl und Schlor; München II. Kester; Neustadt a. d. S. Graf Lurburg; Neustadt a. d. W. Dr. Wild; Nürnberg Karl Krämer; Neumarkt Jörg; Passau Appellrath Kräger; Regensburg Diepolder; Reichenburg Karl Krämer; Rosenheim Staatsrath Neumayr; Schweinfurt Nachwahl zwischen Schultes und Meber; Straubing Lukas; Traunstein Frhr. v. Thüngen; Wasserburg Bachmaier; Würzburg Frhr. v. Zu Rhein; Zweibrücken Nachwahl zwischen Schwinn und Redakteur Jäger; Speyer Römlich; Weilheim Frhr. v. Eichthal; Pfarrkirchen Redakteur Bucher; Neuburg Frhr. v. Schreudt; Nibingen Advokat Lent; Lohr Frhr. v. Thüngen. Von diesen 48 Stimmen gehören 12 der Gewählten (darunter eine Doppelwahl) der nationalen an, 30 der bayrischen oder der ultramontanen 1, (Kolb) der demokratischen Partei an, und von einem der Gewählten (Lent) ist die Parteistellung zur Zeit unbekannt. Engere Wahlen haben 3 stattgefunden. Mit Hinzurechnung der Wahl des Ministerpräsidenten sind es wieder 48. Es sind nun sämtliche Wahlergebnisse bekannt.

Leipzig, 15. Febr. (Köln. Ztg.) Seit gestern Abend langen mit jedem Zug von Magdeburg aus Hannoveraner hier an und sind bereits in sämtlichen Gasthöfen vor dem hier anwesenden hannoverschen Komitee die Zimmer bestellt. Die Ankommenden werden von dem am Bahnhofgebäude der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn aufgestellten Komitee je nach Zahl der vorhandenen Zimmer in den einzelnen Gasthöfen durch Dienstmänner nach denselben hinführt. Bis jetzt, 3 Uhr Mittags, beträgt die Zahl der Angekommenen bereits über 1500 Personen beiderlei Geschlechts, und sind dieselben mit Billetten, worauf der Name Karl Witte als Empfänger von 13 Uhr 5 Sgr. und der Firmastempel von C. P. Sonntag in Hannover gedruckt stehen, versehen, und berechtigt dieselben zur Fahrt in 3. Wagenklasse von Braunschweig nach Wien und bis zum 25. Febr. wieder zurück, von Leipzig aus nach Wien per Extrazug der Leipzig-Dresdener Eisenbahn am Sonntag 16. Febr., 7 Uhr Morgens. Die hiesige Polizeiverwaltung hat die Gasthöfe und Wohnungsbesitzer angewiesen, ausnahmsweise jeden heute ankommenden Fremden sofort auf dem Polizeiamt anzumelden. Die meisten ankommenden Hannoveraner sind nach den Fremdenbüchern Restaurateure, Wirthe, Metzger, Bäcker, Schuhmacher, Defonomen, Hofmeister etc. und machen sich in den hiesigen Lokalitäten durch laute Bemerkungen über ihre gegenwärtige Lage auffällig.

Berlin, 15. Febr. Sitzungen beider Häuser des Landtags vom 15. Febr.

Das Herrenhaus beschäftigte sich heute mit dem Bericht der Justizkommission über den Kaiserlichen Antrag in Betreff der Redefreiheit. Die Kommission beantragt, den Kaiserlichen Antrag abzulehnen und ein Gesetz anzunehmen, welches strafbare Äußerungen der Landtags-Mitglieder einem besonders zu errichtenden Landtags-Gerichtshof überweist (Antrag Helwig). Es liegen verschiedene Verbesserungsanträge vor, von denen einer von Dr. Bachmann und Genossen an Stelle des ersten Absatzes von Art. 84 den Wortlaut der betreffenden Bestimmung der Reichsverfassung setzen will, während der Antrag von Dr. Blüner eine Art von ehrenrührigen Verfahren bezweckt, indem die Majorität jedes Hauses das Recht erhält, Äußerungen von Rednern ihrer Beurteilung zu unterziehen. An der allgemeinen Diskussion beteiligten sich v. Senff-Wildsch und Graf Reventlow gegen die Anträge, Rasch (Hannover), der sich in ausführlicher Motivierung für den Antrag Bachmann ausspricht, Dr. Blüner für den von ihm gestellten Verbesserungsantrag, Graf Rittberg für den Below'schen Antrag, Dr. Zachariae, der sich in einer längeren Debatte über die Entstehungsgeschichte des Artikel 84 einläßt, um nachzuweisen, daß derselbe unzweifelhaft den klaren Sinn habe, daß selbst Ueberschreitungen der Redefreiheit durch ihn geschützt werden sollten. Der Justizminister berief sich auf seine in der Kommission abgegebene Erklärung, daß die Regierung den dringenden Wunsch habe, die unerfreulichen Erörterungen über Art. 84 befristet zu setzen und im Allgemeinen jedem Vorschlag geneigt sei, welcher die Erreichung dieses Ziels in Aussicht stellt. Jedoch solle aus dieser Namens der Staatsregierung abgegebenen Erklärung nicht zu entnehmen sein, daß die Regierung geneigt sei, sich dem Antrag des Abgeordnetenhauses anzuschließen. Ferner wiederholte der Justizminister die Erklärung, daß von den in der Kommission eingebrachten Vorschlägen ihm im Grundsatze der Below'sche Antrag als der korrektere erscheine. Die allgemeine Diskussion wird sodann geschlossen und nach einem Schlusswort des Berichterstatters v. Kleiße-Regow zur Abstimmung geschlossen. Es findet zuerst namentliche Abstimmung über den Kaiserlichen Antrag statt, und wird derselbe mit 98 gegen 14 Stimmen abgelehnt, sodann wird über den Antrag Bachmann (Wortlaut der Bundesverfassung) namentlich abgestimmt und derselbe ebenfalls mit 68 gegen 40 Stimmen abgelehnt. Am Montag findet die Spezialdebatte über den Antrag der Kommission zur Ernennung eines parlamentarischen Forums für Mißbrauch der Redefreiheit statt.

In dem Abgeordnetenhause überreichte der Finanzminister einen Gesetzentwurf, welcher eine Verstärkung von Geldmitteln zur Beseitigung des Nothstandes in Ostpreußen verlangt. Die Staatskasse soll ein Darlehen zur Beschaffung der Saatkraut gewähren, und solle demgemäß die Ausgabe verzinslicher Schapanweisungen erfolgen. Der Entwurf wurde an eine Kommission überwiesen. Ein Amendement von Löwen, die Reduktion der Staatsposten für die Oberpräsidenten und die Regierungsbezirke betreffend, wird angenommen. Für die Polizeiverwaltung in Hannover verlangt die Regierung die etatsmäßige Summe, welche bei der Vorberatung reduziert worden ist. Die Regierungsforderung wird mit Rücksicht auf die Agitationen in Hannover bewilligt. Der Minister des Innern überreichte einen Gesetzentwurf, betreffend die Schließung der Spielbanken in Wiesbaden, Ems und Homburg. Derselbe soll spätestens am 31. Dez. 1872 erfolgen, kann aber auch früher auf dem Wege der

Verordnung stattfinden. Entschädigung für die Aufhebung wird nicht gewährt. Der Gesetzentwurf soll durch Schlussberatung erledigt werden.

Berlin, 15. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ kommt heute nochmals auf den Urlaub des Grafen Bismarck zurück.

Der Hr. Minister — sagt sie —, welcher seit dem Dezember 1865 leidend ist, hat seitdem keine Zeit gehabt, seine völlige Genesung abzuwarten, weil wichtige Arbeiten ihn zur Unterbrechung der gesuchten Ruhe nöthigten. Es erklärt sich daraus, daß der Hr. Bundeskanzler einer vorübergehenden Ruhe bedarf, wenn, wie gegenwärtig, Abspannung und Nervenschmerzen als Folgen einer zu angestrengten Arbeitstätigkeit sich geltend machen. Der bevorstehende Zusammentritt des Zollvereins-Parlaments und des Reichstags werden neue Arbeiten bringen, und deren Ueberwältigung eine gekräftigte Gesundheit erfordern. Dies sind die naheliegenden Gründe für den Urlaub, welchen Graf v. Bismarck von Sr. Maj. dem König sich erbitten hat.

Wie wir hören, war es die Absicht des Staatsmannes, einige Zeit fern von der Hauptstadt in ländlicher Stille zu verweilen, aber sein Unwohlsein, verbunden mit körperlicher Erschöpfung, haben augenblicklich sowohl die beabsichtigte Reise, als auch den Aufenthalt unter fremden Verhältnissen nicht für angemessen erscheinen lassen. Dazu kam, daß an Ort und Stelle noch einige Staatsgeschäfte abzuwickeln waren, die des Grafen Anwesenheit, wenngleich derselbe sich dabei nicht persönlich betheiligte, rathsam machten. Wir weisen auf dieses Sachverhältniß hin, weil in den Blättern sich die Meinung geltend macht, jenem Urlaubsgesuch außergewöhnliche Motive unterzulegen. Die parlamentarischen Vorgänge im Abgeordnetenhause während der vorigen Woche, welche politischer Natur sind und ihre politischen Konsequenzen haben werden, sind weder für den Urlaub maßgebend gewesen, noch stehen sie mit dem Gesundheitszustand des Hrn. Ministers irgendwie in Verbindung.

Berlin, 16. Febr. (Köln. Ztg.) Der zweite n'sche Bericht über die fünf Millionen, welche die Regierung noch von der Kriegsanleihe übrig machen will, wird Mitte dieser Woche festgesetzt werden. — Auf der geistigen Soirée des Grafen Redern unterhielt sich Sr. Maj. der König freundlichst mit dem österreichischen Gesandten, Grafen Wimpffen. Die Angelegenheit der hannoverschen Legion soll einer Ausgleichung entgegengehen. — Die Postkonvention mit Norwegen, deren Unterzeichnung gestern in Folge eines äußerlichen Hindernisses noch nicht stattgefunden hat, setzt das Briesporto von 6 Sgr. auf 3/4 herab, und regelt die direkte Verbindung zwischen Kiel und Christiania.

Berlin, 16. Febr. Graf Bismarck verweilt noch immer hier. Wie es neuerdings scheint, wird derselbe während seines Urlaubs Berlin vielleicht gar nicht verlassen. Man sagt, daß außer seinem leidenden Gesundheitszustand und der Ungunst des Wetters auch die Abwicklung von Amtsgeschäften ihn wenigstens vorerst noch hier zurückhalte. Daß der Graf sich in den letzten Tagen mit Angelegenheiten der auswärtigen Politik beschäftigt hat, dürfte keinem Zweifel unterliegen. — Der Bundesrath des Zollvereins wird am 24. Febr. hier in Berlin zusammengetreten. Ob der Bundeskanzler Graf Bismarck bei den Verhandlungen desselben den Vorsitz führen werde, ist noch nicht abzusehen. In der ersten Zeit zum wenigsten steht dessen Betheiligung an den Bundesrath-Sitzungen wohl nicht zu erwarten. Die Eröffnung des Zollparlaments wird hiesigen Versicherungen nach in der zweiten Hälfte des Monats März stattfinden. — Durch die gestern beim Abgeordnetenhause eingebrachten Regierungsvorlagen wegen Bewilligung von Geldmitteln für den Nothstand in Ostpreußen, wegen Verwendung der Jagdschein-Gebühren zu Gemeindezwecken und wegen Schließung der Spielbanken in Wiesbaden, Ems und Homburg erfährt der Landtags-Schluss noch eine Verzögerung. Nach den nunmehrigen Aussichten dürfte die Session erst gegen Ablauf der nächsten Woche, also etwa am 28. d. Mis., ihr Ende erreichen. Durch § 1 der Spielbanken-Vorlage wird der Staatsregierung das Recht gewährt, die Spielbank in Homburg sofort zu schließen, falls dieselbe das ihr vorgelegte Ultimatum nicht noch annimmt, und jede der genannten Spielbanken, welche ihren Verpflichtungen nicht nachkommen sollte, zu jeder Zeit auch schon vor dem 31. Dez. 1872 zu schließen. — Die Eröffnung der diesjährigen Session des Landes-Deponomikolegiums ist auf den 2. März angesetzt. — Morgen tritt hier der erste Kongress der norddeutschen Landwirthe zusammen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 14. Febr. Die Angelegenheit mit den viel besprochenen österreichischen Pässen für Mitglieder der nun nach Frankreich übergetretenen sog. hannoverschen Legion verhält sich nach einer Korrespondenz des „Nürn. Kor.“ folgendermaßen: „In Folge einer, wie es scheint, sehr nachdrücklichen Reklamation, welche der preussische Gesandte Baron Werther im Namen seiner Regierung hier erhoben hatte, ließ die kaiserliche Regierung Erhebungen anstellen, deren Ergebnis war, daß die Polizeibehörde in Hiesing durch Personen aus der Umgebung des Königs Georg sich in der That hatte bestimmen lassen, an Hannoveraner, die auf einer der Polizei vorgelegten Liste verzeichnet waren, Pässe auszustellen, ohne daß die Passwerber sich, wie es vorgeschrieben ist, der Polizei persönlich vorgestellt oder irgendwie legitimirt hatten, ja es ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß ein großer Theil der auf der Liste stehenden Personen sich gar niemals in Oesterreich befunden hat. Dieser dem Gesetz direkt widersprechende Vorgang ist der Anlaß zu einer in den ernstesten Formen gehaltenen Klage an die betheiligten österreichischen Staatsbeamten, zu einem Beschwerdebrief des Barons Beust an den Grafen Platen, und zu aufrichtigen Entschuldigungen an das Berliner Kabinett geworden, die mit der Versicherung verbunden waren, man werde hier Sorge zu tragen wissen, daß ähnliche Ungehörlichkeiten sich nicht wiederholen. Es handelt sich hier nur um die an möglicher Weise nicht Anwesende blind ausgestellten Pässe. Daß Hannoveranern, die erweislich sich hier befanden, im Fall ihrer Abreise auf ihr Ersuchen und nach erfolgter Legitimation regelrechte österreichische Pässe ausgestellt wurden, konnte in Berlin wohl nicht beanstandet werden und ist, so viel man weiß, auch nicht beanstandet worden.“

Ueber denselben Gegenstand schreibt man der „Allg. Ztg.“:

Es ist Thatsache, daß in Folge der preussischen Reklamation eine strenge Klage und gemessene Weisung an den Hiesinger Hof-Justizrat, sowie eindringliche Vorstellungen an den Hiesinger Hof-Justizrat worden sind. Letztere in einer Depesche an den Grafen Platen, welche das Datum des 13. Febr. trägt. Die Depesche resapitulirt die thatsächlichen Vorgänge, und spricht insbesondere einen scharfen Tadel über das Vorgehen der Wiener Polizeidirektion aus. Hätte sich letztere, heißt es in der Depesche, darauf beschränkt, hier anwesenden Hannoveranern auf kurze Zeit Reiselegitimationen zu erteilen, so wäre die kaiserl. Regierung in der Lage gewesen, dies als in ihrem Recht liegend zu vertreten. Die Polizeibehörde habe sich aber durch Personen aus der Umgebung des Königs Georg verleiten lassen, Reisepässe auf Grund von Namenslisten für Personen auszustellen, die möglicher Weise gar nicht in Hiesing, ja nicht einmal auf österreichischem Boden sich befanden, und die Regierung habe diese Eigenmächtigkeit der untergeordneten Behörde nur mit lebhaftem Mißfallen ansehen können. Zum Schluss werden dem Grafen Platen die Verpöndungen in Erinnerung gebracht, welche die Grundlage der dem König von Hannover gewährten Gastfreundschaft gebildet haben — einer Gastfreundschaft, der Oesterreich allerdings auf das bereitwilligste Rechnung getragen hat.

Wien, 15. Febr. Der „Allg. Ztg.“ theilt man als zuverlässig mit, daß Graf von Platen-Haller, welcher die politischen Geschäfte des Königs Georg leitet, nicht ohne hierzu von Paris aus ermächtigt oder vielmehr ausdrücklich aufgefordert zu sein, die Legionäre aus der Schweiz nach dem Elsas dirigirt hat. — Demselben Blatt schreibt man, daß die österreichische Regierung dem Hiesinger Hof gegenüber die zuversichtliche Erwartung ausgesprochen habe: es werde bei der bevorstehenden Feier der silbernen Hochzeit des Königs Georg Alles vermieden werden, was die diesseitige Gastfreundschaft kompromittiren könnte. Es sei dies in der denkbar zarresten Form, aber doch mit vollster Offenheit geschehen.

Wien, 15. Febr. Was über neueste Wendungen der Konfessionsverhandlungen in Rom verlauten will, ist in der Sachlage nicht begründet. Graf Crivelli hat in einer Denkschrift zuerst dem Kardinal Antonelli die Grundzüge der von hier aus angestrebten Revision mitgeteilt, und der Kardinal zeigte den Empfang dieser Denkschrift mit dem Beifügen an, daß dieselbe wenig Aussicht auf eine Verständigung zu bieten scheine, daß er aber jedenfalls den Wunsch hegen müsse, die präzisirten Begehren Oesterreichs zu vernehmen. Diesem Wunsch war der Botschafter vor ungefähr 8 Tagen zu entsprechen im Stande, und auf diese Formulierung hat die päpstliche Kurie sich noch nicht geäußert.

Wien, 16. Febr. Man vermeidet es hier sorgsam, und seit der vielversprochenen Passangelegenheit noch sorgfamer als früher, dem König Georg gegenüber Sympathien zu beweisen, welche eine politische Deutung zulassen könnten. Erlauben Sie mir, das durch ein schlagendes Beispiel zu erläutern. Das Festmahl, welches der König am 18. Febr. den aus Hannover erwarteten Gästen gibt, wird in einem städtischen Gebäude, im Kurjalon, stattfinden. Als Festraum waren zuerst die Redoutensäle in Aussicht genommen, welche, wenn auch ein Auaer der Hofburg, doch sonst ohne große Schwierigkeiten für private Zwecke bewilligt werden. Dem König Georg aber ist ihre Ueberlassung ausdrücklich abgelehnt worden.

Wien, 17. Febr. (Sch. M.) Warren's Wochenschrift enthält ein Florentiner Telegramm, wonach Menabrea die guten Dienste der französischen Regierung in Anspruch nahm, um die Entfernung des Königs von Neapel aus Rom beim Papi zu erwirken.

Westb. 15. Febr. Erzherzog Rudolph und Erzherzogin Gisela sind in Begleitung des Obersten Latour und des Rittmeisters Grafen Raffay um halb 5 Uhr hier eingetroffen. — Der ungarische „Lloyd“ erfährt, daß Comes Schmid pensionirt und Moriz Konrad zum provisorischen Comes der Sachsen ernannt wurde.

Rumänien.

Bukarest, 14. Febr. In der Abgeordnetenkammer interpellirte Carpen das Ministerium wegen der bewaffneten Banden, welche sich im Lande organisiren. Die Regierung, schloß Redner, habe die Interessen des Landes kompromittirt, indem sie sich von der Politik der Westmächte, besonders Frankreichs, trennte und der Politik des Nordens in die Arme warf. Der Minister des Innern, Jon Bratiano, bezeichnete diese Anklage als eine perfide und erklärte, daß im Lande keine bewaffneten Banden existirten. Etwasige Versuche, solche zu bilden, wäre die Regierung stark genug, zu verhindern. Rumänien sei gegen Frankreich stets erkenntlich gewesen und werde es stets sein, weil es ihm Das verdankt, was es heute ist. Rumänien werde niemals die Fahne gegen Frankreich erheben, müsse aber gleichwohl Alles thun, was in seiner Macht steht, um sich die guten Beziehungen mit den übrigen garantirenden Mächten, welche ihm ihr Wohlwollen bezeugen, zu erhalten. Rumänien müsse sich stark im Innern organisiren, um gegen Jeden, wer irgend es sei, seiner Neutralität Achtung zu verschaffen, ohne jedoch Jemanden zu provoziren oder zu beunruhigen. Rumänien könne gegenwärtig gar keine auswärtige Politik haben, sondern nur eine nationale. Werde Rumänien erstarkt sein, so werde man auch dieses Land mit in Rechnung ziehen. Dann erst könnte Rumänien an Allianzen denken. (Beifall.) Die Kammer theilte hierauf mit allen gegen 10 Stimmen dem Ministerium für seine äußere und innere Politik ein Vertrauensvotum.

Bukarest, 14. Febr. Von unterrichteter Seite wird versichert, wie angestellte Nachforschungen und Ermittlungen mehr und mehr die Meinung befestigen, daß die lebhaften Agitationen in Rumänien wie in den andern Donauländern nicht durch russische Agenten hervorgerufen werden, daß sie vielmehr auf die panslawistischen Bestrebungen zurückzuführen sind, die hier starken Anhang und Vertreter gefunden haben, unter welchen Viele energisch gegen russische Regierungsmarinen Partei ergreifen.

Italien.

Florenz, 16. Febr. In der Abgeordnetenkammer findet Fortsetzung der Diskussion des Finanzbudgets statt. —

Die reaktionäre Partei auf Sicilien ist sehr thätig. Die Regierung ist vollständig vorbereitet, jeden Versuch, Unruhen zu erregen, sofort zu unterdrücken.

Rom, 10. Febr. (Köln. Ztg.) Wie das päpstliche Ministerium derzeit zusammengesetzt ist, darf man keine staatsmännischen, noch weniger nationale Beratungen erwarten, worin die Frage des Tages nach ihrer Bedeutung und im Zusammenhang mit der innern Lage des Kirchenstaates und Italiens abgewogen würde. Die Frage des Tages aber ist die, welche die Sendung Begezzi's und Tonello's veranlasste und die nun eine Modifikation der September-Konvention verlangt. Daß zwischen Paris und Florenz ein Abkommen angestrebt wird, bei dem aber diesmal auch die Wünsche des Papstes berücksichtigt werden, ist eine Thatsache, deren Abschluß der Öffentlichkeit nicht mehr lange vorenthalten werden dürfte. Sobald es dazu gekommen ist, wird nach den aus Paris in den letzten Tagen hergelangten Andeutungen die leidige Angelegenheit der Uebernahme der römischen Staatsschuld durch die italienische Regierung, wie man hier mit Gewißheit hofft, ihre endliche Erledigung finden.

Rom, 14. Febr. Bei dem Empfang des preussischen Gesandten, Febr. v. Arnim, welcher sein Beglaubigungsschreiben als Vertreter des Norddeutschen Bundes überreichte, erwiderte der heil. Vater auf die Ansprache des Gesandten, er danke dem König Wilhelm für die Worte, die er in Betreff der Unabhängigkeit des Papstthums, sowie über den Schutz seiner katholischen Unterthanen gesprochen habe. Baron Arnim gab die Versicherung ab, daß König Wilhelm geru bereit sei, einen Beweis seiner vorzüglichen Gesinnung zu geben, indem er sich mit der Errichtung einer Nuntiatur in Berlin einverstanden erkläre. — Graf Chreptowich, welcher augenblicklich hier verweilt, soll zum russischen Gesandten beim heil. Stuhl designirt sein. Der Papst verlange jedoch vorher, daß die Verfolgung der katholischen Kirche in Rußland eingestellt und ein päpstlicher Nuntius in St. Petersburg ohne jede Beschränkung zugelassen werde.

Frankreich.

Paris, 15. Febr. Dem Gesetzgeb. Körper ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, betreffend die definitive Aufhebung des Steuerzuschlags von 50 Centimes auf Getreide und Mehl, welches durch fremde Schiffe eingeführt wird. Durch Dekret vom 13. Nov. v. J. war der Steuerzuschlag bereits provisorisch aufgehoben. — Die „Patrie“ widerlegt auf das bestimmteste alle Gerüchte über Veränderungen im Ministerium oder über beabsichtigte Modifikationen der Verfassung. — Dasselbe Blatt beiprucht die gestrige Erklärung des Ministers Bratiano in der Bukarester Kammer und wirft der rumänischen Regierung die Absicht vor, sich von Frankreich gänzlich isoliren zu wollen. Die rumänische Regierung dürfe sich nicht in Negotiationen ergeben, welche auf Zweideutigkeit beruhen. Rumänien würde seine Interessen und die Pflicht der Dankbarkeit gegen Frankreich verkennen, wenn es auch nur indirekt die panlawischen Untriebe begünstige und die Politik des Fortschritts und der Erhaltung bekämpfe, welche Frankreich im Orient verfolgt. — Die „France“ theilt mit, daß der preussische Botschafter Graf v. d. Goltz gestern dem Kaiser einen Besuch gemacht hat. Der Zweck des Besuchs war die Auswechslung der Unterschriften des preussisch-französisch-mecklenburgischen Zollvertrages, welcher heute ratifizirt worden ist. — Der „Standard“ schreibt: Brasiliansche Nachrichten sprechen von einem Bombardement Tynutu's durch die Paraguiten.

Paris, 15. Febr. Gesetzgeb. Körper. (Presse-)

Es werden zwei Amendements eingebracht, welche verlangen, daß bei Anlagen oder Verklumdungen 1) gegen Beamte, 2) gegen Direktoren anonymer Gesellschaften der Beweis der Wahrheit angetreten werde. Languais, Berrier, Minister Pinard, Thiers und Rouher sprechen sich in verschiedenen Sinne aus. Ein Theil der Redner will durch das Recht der Denunziationen eine gewisse Garantie gegen den Mißbrauch gegeben wissen; ein anderer Theil befürchtet, daß durch Denunziationen die Administrationen und der Geist der Assoziation entmuthigt werden. Beide Amendements wurden mit überwiegender Stimmenmehrheit verworfen.

Paris, 16. Febr. Der heutige „Abend-Moniteur“ bemerkt:

Ein Telegramm sagt, die Wiener Blätter behaupteten einstimmig, Graf Platen würde die hannoversche Legion nicht aus der Schweiz nach Frankreich haben lassen, ohne ausdrückliche Ermächtigung und sogar nicht ohne Aufforderung von Paris her. Diese Mittheilungen sind ungenau; von Paris aus ist keine Ermächtigung und keine Aufforderung ergangen, um die hannoverschen Emigranten aus der Schweiz nach dem Elß zu lassen. Die Emigranten sind freiwillig und ohne vorausgehende Benachrichtigung in unser Gebiet eingedrungen. Sobald die Regierung von dieser Thatsache benachrichtigt wurde, hat sie die notwendigen Maßregeln ergriffen, um Offiziere und Soldaten getrennt in großer Entfernung von unserer Osgrenze zu interniren.

Der „Constitutionnel“ behauptet, die Mächte seien gut unterrichtet gewesen, als sie in Belgrad und Bukarest Vorstellungen machten, und fügt hinzu: Die Vorstellungen seien unumgänglich nöthig gewesen, wenn man vermeiden wollte, daß an den Ufern der Donau sich heute dasselbe Spiel wiederhole, was Andere letzten Herbst an der päpstlichen Grenze zu spielen versuchten. — Die „Patrie“ sagt: Depeschen aus Serbien bestätigen eine gewisse Beruhigung der Gemüther. — Der „Standard“ theilt mit, General Ignatieff werde nach Konstantinopel zurückkehren, sobald seine Gemahlin wieder hergestellt sei.

Paris, 16. Febr. Der „Moniteur“ meldet: „Marquis v. Moutier“ wechselte gestern mit dem mecklenburgischen Bevollmächtigten, Hrn. Bornemann, die Erklärung aus, welche den Artikel 18 des Handelsvertrags vom 9. Juli 1865 aufhebt, durch welchen Mecklenburg sich verpflichtet hatte, die auf Bodenerzeugnisse und industrielle Produkte Frankreichs gelegten Steuern nicht über eine bestimmte Höhe hinaus zu

erheben. Da diese Bestimmung dem Eintritt Mecklenburgs in den Zollverein im Wege stand, so ging die Regierung des Kaisers darauf ein, auf den Artikel 18 vermittelst einer Kompensation zu verzichten. Sie hat vom Zollverein eine gewisse Anzahl von Zugeständnissen erlangt, deren wichtigstes die Reduktion des Weinzolls auf 20 Fr. per 100 Kilo ist. Da diese Zollermäßigung durch Einschaltung in den Tarif des Handelsvertrags zwischen dem Zollverein und Oesterreich legalisirt werden muß, so wird die Erklärung erst in Kraft treten, wenn der neue Vertrag unterzeichnet ist.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 16. Febr. Das „Petersburg. Journ.“ widerlegt die Mittheilung der „Times“ bezüglich des Aufenthalts des russischen Generals Tschernajeff in Serbien, sowie auch die von der „Patrie“ erwähnten russo-serbischen Wanderver. Dasselbe Blatt setzt ferner der Nachricht der „Liberté“ von einer Wiederannäherung zwischen Rom und St. Petersburg ein Dementi entgegen.

Levantepost.

Athen, 14. Febr. Das Ministerium Bulgariis hat die Kammer aufgelöst. Die Neuwahlen sind auf den 2. April anberaumt. Die Kammer wird am 7. Mai eröffnet.

Großbritannien.

London, 15. Febr. Unterhausung vom 14. Febr.

Der Earl of Mayo, erster Sekretär für Irland, erbitet sich im Namen der Regierung die Erlaubniß, eine Bill behufs Verlängerung der Suspension der Habeas-Corpus-Akte in Irland einzubringen, und zwar möge diese Suspension bis zum März des nächsten Jahres genehmigt werden. Mit diesem Bedauern, so erklärt er, sehe die Regierung sich zu diesem Antrage genöthigt; doch sei diese Maßregel unumgänglich notwendig, um die Pläne der Feinde vereiteln zu können. Ueber die Speede der Vertheidigung, nämlich den Umsturz des Bestehenden und Proklamirung einer irischen Republik, warte jetzt kein Zweifel mehr, und die Regierung habe die Belege in Händen, daß nicht bloß in Amerika, sondern auch auf dem europäischen Festland Theilnehmer an der Vertheidigung namhafte Thätigkeit entwickelten. Durch die Suspension der Habeas-Corpus-Akte sei es der Regierung vornehmlich gelungen, viele Führer der Rebellion einzufangen, andere abzuwickeln und unschädlich zu machen, ohne daß deshalb zu außerordentlichen Gerichten hätte geschritten werden müssen. Es befanden sich gegenwärtig 96 Personen in Gewahrsam; die Zahl der Verhaftungen im verfloffenen Jahr habe sich auf 265 belaufen, darunter 95 solcher, die lange Zeit in Amerika anwesig gewesen seien. Als bemerkenswerth hebt der Redner hervor, daß unter den erwähnten 265 Verhafteten sich nur 11 Landbesitzer (Pächter) befänden, während die übrigen fast sammt und sonders den untersten und ungebildeten Schichten angehören. Bagwell (Mitglied für Connell) äußert sein Erstaunen, daß die Regierung bei Einbringung obiger Bill sich nicht über das ausgesprochen habe, was sie zur Pazifizirung Irlands und zur Bereinerung der dortigen Zustände vorzuschlagen gedenke. Da außer ihm kein Anderer dieses Thema aufnimmt (es befanden sich nicht über 20 Mitglieder im Saal), wird die Bill zum ersten Mal gelesen und die zweite Lesung auf kommenden Montag (17.) anberaumt.

London, 16. Febr. Der „Observer“ sagt, der mittelwärtige Gesundheitszustand Derby's dürfte denselben wahrscheinlich zu seinem Rücktritt veranlassen. Man hat Grund, in diesem Fall anzunehmen, daß Stanley sein Nachfolger werde.

Amerika.

Washington, 14. Febr. Der Ausschuss des Abgeordnetenhauses für die Wiederherstellung des Südens hat den Antrag, den Präsidenten Johnson in Aufstand zu versetzen, weil er sich der Bill, betr. die öffentlichen Beamten, widersetzt hat, mit 6 gegen 3 Stimmen verworfen.

Aden

Karlsruhe, 17. Febr. Nach einer Bekanntmachung des Groß-Oberlehreraths (in der heute erschienenen Nr. 3 seines Verordn.-Bl.) wird für dieses Frühjahr die Prüfung der Lehramtskandidaten Montag 2. März d. J. stattfinden. — Ferner macht der Groß-Oberlehrerath bekannt, daß fünf Reife stipendien von je 200 fl. an solche Lehrer vergeben werden, welche an Gelehrtenhöfen den Unterricht in Französischen ertheilen und die künftigen Ferien am Schluß des Schuljahres zu einem Aufenthalt in Frankreich behufs der Erneuerung und Erweiterung ihrer Fertigkeit in der fremden Sprache benützen wollen. Bewerber haben sich innerhalb 6 Wochen zu melden.

Mannheim, 16. Febr. Die Sitzungen des pädagogischen Vereins Heidelberg-Mannheim sind gestern hier wieder aufgenommen worden, und es wurden die Schröder'schen Thesen über die Stellung der höheren Bürgerhöfen zu Ende gebracht und die Beratung der Thesen, Ueber die Ertheilung des Latein-Unterrichts an den Realschulen, in Angriff genommen. Die Wünsche, welche i. J. die hiesige Lehrerversammlung in Konstanz aufgestellt, und von welchen das Groß-Ministerium in günstiger Weise Kenntnis genommen hatte, sind durch die in diesen Tagen erfolgten Besuchs- und Gesandtschaftsreisen im hiesigen Theorem in einer alle billigen Anforderungen entsprechenden Weise erfüllt worden.

Bermischte Nachrichten.

München, 15. Febr. (A. Ztg.) Von dem König Ludwig I. waren noch diesen Morgen eigenhändige Briefe aus Nizza vom 12. d. mit den günstigsten Nachrichten über sein Befinden eingetroffen. Dagegen meldet leider ein diesen Abend erst hieher gelangtes Telegramm aus Nizza, daß Se. Majestät heute Mittag in Folge einer entzündlichen Anschwellung eine Operation am Schenkel mit günstigem Erfolg glücklich beendigt hat. Doch war der Zustand immerhin nicht unbedenklich. Bei 3 Majestät der Königin-Mutter haben die Gelenkschmerzen heute den ganzen Tag bis zum Abend heftig fortgedauert.

Hamburg, 15. Febr. Wie der „Hamb. Korresp.“ mittheilt, ist von Seiten der hiesigen Polizeibehörde wegen der Vorfälle auf dem Krawall der 11. Febr. bereits eine Untersuchung eingeleitet und soll in der Angelegenheit mit aller Strenge vorgegangen werden.

— In Subl ist am 12. Febr., Nachmittags zwischen 1 und 2 Uhr, eine Fabrik königl. Munitionsgegenstände in die Luft geflogen. Leiber sind dabei vier Menschen getödtet und sieben schwer verletzt worden.

— Berlin, 14. Febr. Das Bohrloch bei Sperenberg hat bis zum 1. Febr. d. J. eine Tiefe von 564 1/2 Fuß erreicht und bis dahin das Steinsalz in einer ununterbrochenen Mächtigkeit von 281 1/2 Fuß nachgewiesen.

— Prag, 15. Febr. (N. Fr. Pr.) Für morgen Abend ist ein Ertrag von 800 Hannoveranern, von Bodenbach kommend, hier angefangt. Der weilsch gefinnene Adel bringt eine silberne Reiterstatue, den König vorstellend, als Geschenk mit.

— Am 12. d. wurde in der Großen Oper zu Paris Rossini's „Wilhelm Tell“ zum fünfshundertsten Male aufgeführt. Nach der Vorstellung brachten die Musiker und Sänger dieser Bühne dem greisen Meister eine feierliche Serenade dar und überreichten ihm einen mit Bändern und Inschriften reich verzierten goldenen Vorberfranz.

— Antwerpen, 15. Febr. Heute um 3 Uhr ist ein Schiff mit 200 Tonnen Petroleum in Brand geraten. Zwei andere Schiffe wurden angezündet, drei gerieten in Gefahr. Der Brand nimmt eine bedenkliche Ausdehnung an.

— Aus Tunis schreibt man dem Berner „Bund“: Da wir Missethäter hatten, so ist hier schreckliche Hungersnoth, von der man sich in Europa keinen Begriff machen kann. Tausende liegen umher und schreien laut, oder wimmern nur noch, nicht mehr fähig, ein Stück Geld, das man ihnen zuwirft, aufzunehmen. In den letzten vier Wochen zählte man alle Tage 50 bis 100 Tödtliche, die verhungert sind, keine Menschen mehr, nur noch Gerippe. Es gab Tage, wo die Zahl der Todesfälle 300 überstieg. Der Bey, um dem Uebel einigermaßen zu steuern, richtete ein Hospital ein, wo die armen Kerle alle Tage Brod und Del erhielten. Der Araber, dem es an Nahrung gebricht, sucht sich solche nicht zu verschaffen, sondern liegt mitten auf der Straße, schreit den ganzen Tag nach Allah, und in zwei oder drei Tagen trägt man ihn weg, ohne daß er versucht hätte, seinen Tod durch irgend eine Anstrengung zu verzögern.

— New York, 14. Febr. In Wilmington (Nord-Carolina) hat eine große Feuersbrunst stattgefunden, bei welcher 13 Menschen um das Leben gekommen sein sollen.

Karlsruhe, 16. Febr. Gestern Abend hat hier eine farnevalistische Ergötzlichkeit stattgefunden, so viel in ihrer Intention, so glücklich in ihrer Anlage und so vortheilhaft in ihrer Ausführung, daß sie eine besondere Erwähnung in diesen Blättern verdient. Eine Anzahl in Wahrheit zu Sachverständigen — Künstler, Polytechniker und Bürger — hatte sich unter der freundigen Leitung eines unserer namhaftesten dramatischen Künstler zusammen gethan, um der Lust ein Scherlein abzugewinnen und es miltthätig den Nothleidenden in Dreyreueu darzubringen. Den Gegensatz zwischen dem Ernst des Zwecks und der Heiterkeit der gewählten Mittel wußte ein Prolog in schwingvollen, aus patriotischer Empfindung quellenden und zugleich sinnigen Worten aufs beste zu vermitteln und so die geeignete Stimmung bei der Zuhörerschaft herzustellen. Er war verfaßt von Hrn. Nowak, der schon so vieles Treffliche auf diesem Gebiet geleistet, und wurde von Hrn. Hofschaulpieler Lange vorgetragen. Es folgte nun eine höchst amuzante Karlsruher Schallzene, im reinsten Lokaldeutsch und reich gespickt mit Lokalwörtern, die ihre Wirkung nicht verfehlten. Daran schloffen sich zwei heitere monodramatische Szenen und ein vortheilhaft gejunger und hiesig illustrirter „Aufklärungs-Bierganz“ vom blauen Montag. Die zweite Abtheilung brachte eine lustige Schattenbüchse, eine Kapuzinenerpredigt mit mannigfaltigster Parodie und primitivem Text, ein Wachsigfigurenkabinet mit origineller Erklärung nebst instrumentaler Illustration und schließlich gymnastische und choreographische Künste, von einer Gesellschaft junger Leute eben so gewandt als witzig dargestellt. Das Ganze war getragen von einer naturwüchsigen und unwiderstehlichen vis comica, welche die Lust in permanenter Anregung hielt und oft genug wahre Erruptionen derselben veranlaßte. Die Vorstellung war höchst zahlreich besucht, und unter den Anwesenden waren alle Stände vertreten. Jedermann schied in voller Befriedigung; man hatte sich vortheilhaft unterhalten und obendrein ein gutes Werk gethan. Das kleine Theater, auf dem das Ganze vor sich ging, eignet sich zu dieser Art Aufführungen sehr gut; es ist, wie wir hören, das Eigenthum des Hrn. Tapezierers Heinrich Weidkind.

Bremen, 15. Febr. Das Post-Dampfschiff des Norddeutschen Lloyd „Bremen“, Kapit. H. A. J. Keynaber, hat heute die zweite diesjährige Reise nach New-York via Southampton angetreten. Dasselbe nahm außer der Post 270 Passagiere und 700 Tons Ladung an Bord. Von den Passagieren reisen: 17 Erwachsene in erster Kajüte, unterer Salon; 235 Erwachsene, 11 Kinder, 7 Säuglinge im Zwischendeck.

Die „Bremen“ passirte 4 1/2 Uhr Nachmittags den Leuchtturm.

Frankfurt, 17. Febr. 1 Uhr 39 Min. Nachmittags. Hauffe, Deherr. Kreditaktien 197 1/2, Staatsbahn-Aktien 264 1/2, National —, Steuerfreie 50 1/2, 1868er Loose 71 1/2, Deherr. Valuta —, 4 Proz. bad. Loos —, Amerikaer 75 1/2, Gold —

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

15. Febr.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28° 0,54	+ 3,0	S.W.	stark bew.	Sonnenbl., frisch
Mittags 2 "	" 0,04	+ 6,0	schw.	"	Sonnenw., heiter, frisch
Nachts 9 "	" 0,73	+ 3,5	N.W.	"	"
16. Febr.					
Morgens 7 Uhr	28° 3,84	+ 2,0	S.W.	schw. bew.	heiter, frisch
Mittags 2 "	" 3,80	+ 5,0	"	"	kühl
Nachts 9 "	" 3,73	+ 2,0	"	"	frisch

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Fern. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 18. Febr. 1. Quart. 26. Abonnementsvorstellung. **Zilda**, komische Oper in 2 Akten, von Flotow. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch 19. Febr. **Zilda**; komische Oper in 2 Akten, von Flotow. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

3.h.767. Karlsruhe. Ergriffen und tiefbewegt geben wir den zahlreichen Freunden und Bekannten die schmerzliche Trauerkunde, daß unsere liebe und theure Schwester und Tante, Elisabeth, geb. Fischer, Wittve des verstorbenen Bauraths Schwarz, heute in der Frühe an einer Herzlähmung, Allen unerwartet, sanft in dem Herrn entschlafen ist. Um stille Theilnahme und freundliches Andenken bittet,
Karlsruhe, den 16. Februar 1868,
im Namen der Hinterbliebenen:
Der trauernde Bruder
Gustav Fischer,
Oberpostmeister a. D.

3.h.768. Bühl. Freunden und Bekannten die Nachricht, daß heute unsere liebe Gattin und Mutter, Katharina Kaiser, geb. Mayer, im 64. Lebensjahre nach 44jähriger Krankheit uns entrißen wurde.
Bühl, den 16. Februar 1868.
Namens der Hinterbliebenen:
Jaf. Kaiser, Bez.-Arzt.
Aug. Kaiser, prakt. Arzt.
Alb. Kaiser, Notar.

3.h.763. Durlach. Entsetzten Verwandten und Freunden theile ich die traurige Nachricht mit, daß mein lieber Gatte, Gotthold Hauer, Bezirksarzt, nach langen und schweren Leiden, in einem Alter von 61 Jahren 6 Tagen, am 9. d. Mts., Morgens 8 Uhr, sanft entschlafen ist.
Um stille Theilnahme bittet,
Durlach, den 16. Februar 1868,
Die tieftrauernde Wittve:
Apollonia Hauer, geb. Neuberger.

An die H. H. Gemeindevorstände.
Ein haathlich autorisierter Schulmann (Philologe) wünscht sich zum Zwecke der Gründung einer höheren Privatschule an einem hierzu geeigneten Orte Badens niederzulassen. Etwas Gemeindevorstände, die sich für die Errichtung eines solchen — geistigere bessere Ausbildung der Jugend, sowie insbesondere die Befähigung zum einjährigen Militärdienste anstrebenden — Unternehmens interessieren, werden ersucht, ihre befalligen Offerten, franco unter M. M., der Exped. dieses Blattes zur Weiterbeförderung zu geben zu lassen.
3.h.783.

3.h.743. Karlsruhe.
Museum.
Costümirtes Kränzchen Dienstag den 18. Februar. Anfang 7 Uhr.
Der Vorstand.

3.h.781. Dyingen bei Freiburg.
Warnung.
Ich warne Jedermann, meinem noch minderjährigen Sohne, Eduard Kaufmann, Postknecht, irgend etwas zu leihen oder zu borgen, da ich keine Zahlung leisten.
Def. Jfr. Kaufmann.

Zur Beachtung.
3.h.748. Ein im mercantilen Fache gebildeter Mann, im Alter von 38 Jahren, wünscht als Buchhalter, Reisender u. Beschäftigung, wobei ihm die Aussicht geboten, nach überzeugter Geschäftstüchtigkeit sich mit einer Baareinlage zu betheiligen.
Off. Offerten unter Chiff. A Z Nr. 101 befördert die Expedition dieser Zeitung.

3.h.764. Basel.
Offene Stellen.
Commis, Lehrlinge, Fabrikjungfern, Zimmermädchen, Chef de cuisine, Köchinnen, Kellner, Kellnerinnen, Portier, Kutcher, Magaziniere, Gärtner, Knechte und Dienstmädchen können fortwährend gute Stellen erhalten durch das Placierungs-Bureau von **Frau Hoffmann, Basel, Rheinsprung 2.**

3.h.770. Baden.
Lehrlingsgesuch.
Ein junger Mensch, welcher die Siebmacherei, sowie das Drahtflechten und Drahtweben erlernen will, kann bis Ostern in die Lehre aufgenommen werden bei **J. Ehentel, Siebmacher in Baden.**

3.h.689. Für eine **Agentengesuch.** leistungsfähige Nähmaschinen-Fabrik wird gegen hohe Provision ein tüchtiger Agent gesucht. Franco-Offerten a. B. Hrn. **Dürkopp & Schmidt in Bielefeld (Westphalen).**

Reisender-Gesuch.
3.h.710. Es wird gesucht ein tüchtiger, zuverlässiger Reisender, welcher besonders auch den Schwarzwald regelmäßig bereist und geneigt wäre, den Verkauf von englischen Stahl- und Stahlwerkzeugen, sowie auch einiger gewissen Arten Eisenwaren **provisionweise** zu übernehmen. Derselbe sollte jedoch wenigstens etwas Fachkenntnis besitzen. Off. Anträge unter N. R. befördert die Exped. der Karlsruhe'ger Zig.

Zu verkaufen oder zu verpachten.
Die erst vor drei Jahren neu erbaute und auf das eleganteste eingerichtete **Badanstalt zu St. Elisabethen in Basel**, in nächster Nähe mehrerer Gasthöfe und der Schweiz, Centralbahn gelegen. Dieselbe erfreut sich einer bedeutenden Frequenz. Darauf Reflektirende mögen sich für nähere Auskunft an Notar **W. Schmid in Basel** wenden.
3.h.662.

3.h.769. Handelsschule zu Frankfurt a. M.
Der neue Course beginnt zu Ostern. Prospekte und nähere Auskunft sind durch den Unterzeichneten zu erhalten.
Kochrich, Direktor.

3.h.759. Verkaufsantrag.
In Folge Todesfall ist auf hiesigem Platz ein rentables Tabakgeschäft mit Fabrikation und Cigarrenhandel zu vortheilhaften Bedingungen zu verkaufen.
Basel, den 15. Februar 1868.
Auskunft ertheilt:
W. Merian, Notar.

3.h.754. Geschlechtskrankheiten.
Schwächezustände u. heilt gründlich, brieflich und in f. Heilanstalt Dr. Rosenfeld, Berlin, Leipzigerstr. 111.

3.h.614. Baden-Baden.
Lehrlingsgesuch.
Ein gestreuter junger Mensch von braven Eltern könnte in mein großes Manufakturwaaren-Geschäft als Lehrling eintreten.
Karl Weid.

3.h.762. Frankfurt a. M. Ein solides Geschäftshaus in München gibt unter billigen Bedingungen **Accept-Credit.** Näheres unter J. S. 733 durch die Herren **Haafenstein & Vogler in Frankfurt a. M. (Franco.)**

3.h.745. Stuttgart.
Mühlebesitzern,
welchen es darum zu thun ist, mit ihrer Wasserkraft möglichst viel Mehl von ausgezeichneter Qualität zu produzieren, oder welche Dampfstraft anzuwenden genötigt sind, und ca. 30 pCt. Kohlen zu ersparen wünschen, wird nähere Auskunft ertheilt durch Vermittlung von **Sermann Knapp,** gegenüber dem Bahnhof.
Müller, welche neue Mühle-einrichtungen verzu stellen oder ihre älteren Einrichtungen durch neue zu ersetzen beabsichtigen, werden hierauf besonders aufmerksam gemacht.

Arabishe Pferde
sind ein Transport in Aehl angelangt, fehlerfrei und fromm, gut geritten und als Wagenpferde zu gebrauchen, für wenige Tage im Preis von 350 fl. bis 500 fl. zu verkaufen im **Gasthof zur Blume in Aehl.** 3.h.702.

3.h.785. Karlsruhe.
Pferdeverkauf.
Eine Karrenpferde und zwei Fuchswallachen, 5-6 Jahre alt, sind billig zu verkaufen bei **Windfußwirth Walter in Nassau.**

Zu verkaufen
ist ein guter, gewölbter Keller mit 300 Ohm weingrüner Lagerfässer. Derselbe liegt an der Hauptverkehrsstation vom Kaiserstuhl, und ist somit hauptsächlich für Weinhändler beachtenswert. Auch können ca. 50 Stück neue, starke, 48hmige Transportfässer abgegeben werden.
Wo? sagt die Expedition dieses Blattes. 3.h.632.

3.h.750. Wiesloch.
Wurzelreben-Verkauf.
Unterzeichneter bringt hier seine Wurzelreben in Wein- und Tafeltrauben zur Anzeige. Dieselben werden in jeder Anzahl abgegeben und wird für deren Richtigkeit garantirt, auch stehen Verzeichnisse franco zu Diensten.
Karl Bronner, Deconom u. Nebenschulbesitzer, Wiesloch (Baden).

3.h.546. Saar.
Zu kaufen
wird gesucht ein rentables Gut im Werth von 25- bis 50,000 fl. in der Nähe einer belebten Stadt. Sich zu wenden in Lehr an **Das Kommissionsbureau Herbt Nupp.**

3.h.738. Langenstein, Amis Stodach, im bairischen Saekreis.
Hofguts-Verpachtung.
Das gräflich Langenstein'sche Hofgut „**Wartachhof**“, bestehend in zwei Wohn- und den erforderlichen Oekonomiegebäulichkeiten mit darauf ruhender **Wirtschaftsgerechtigkeit**, Johann 3 Morg. 257 Rh. 28 Fuß Gärten, 306 „ 277 „ 72 „ Ackerfeld, 147 „ 188 „ 37 „ Wiesen, — „ 372 „ 41 „ Weiser u. Weg dazu, wird **Freitag den 28. dieses Monats, Vormittags 10 Uhr,** auf dem Rentamtsbureau dahier auf 12 Jahre — von Lichtmes 1868 bis dahin 1880 — öffentlich verpachtet. Das Pachgut liegt zwischen den beiden Anstädten Stodach und Weiskirch, unmittelbar an der Landstraße, und 1/2 Stunde von der im Bau begriffenen Eisenbahn von Stodach nach Weiskirch. Der Landwirthschaft kundige Pachtliebhaber werden mit dem Bemerkten eingeladen, daß sie sich vor der Steigerung mit Bürgerrechts-, Vermögens- und Le-

munftszeugnissen auszuweisen haben, und können die Pachtsbedingungen täglich bei uns eingesehen werden, sowie auch das Gut durch Waldhüter Sättle zu Wadachhof auf Verlangen vorgezeigt wird.
Der neue Pächter tritt die entsprechende Winteranfaat, sowie die benötigten Futter- und Strohvorräthe an.
Langenstein, den 13. Februar 1868.
Gräflich Langenstein'sches Rentamt.
Gut.

3.e.390. Dberkirch.
Steigerungs-Ankündigung.
In Folge richterlicher Verfügung werden am **Montag den 9. März d. J.** Nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus zur Linde in Fernach die nachverzeichneten Liegenschaften des Delmüller's Anton Roth von dort öffentlich versteigert, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis erreicht werden wird.
Beschreibung der Liegenschaften:
1. Ein einstöckiges Wohnhaus mit Delmühle, Scheuer, Stallung, Schweinbänken, 94 Ruthen Hofstraßplatz, 30 Ruthen Wiesen ober am Haus, 111 Ruthen Gemüsegarten beim Haus, zu Fernach an der Landstraße nach Appenweier gelegen, tarirt zu 8,200 fl.
2. Eine besonders stehende Sägmühle mit 90 Ruthen Hofstraßplatz allda, tar. zu 4,500 fl.
3. Zwei Morgen 327 Ruthen Wiesen in zwei Abtheilungen, bei oben beschriebenen Gebühlichkeiten gelegen, tar. zu 3,700 fl.
4. Sechs Viertel Acker in drei Abtheilungen, tar. zu 1,600 fl.
Zusammen 18,000 fl.
Die Del- und Sägmühle mit zwei Wasserwerken, mehr drei dabei sich befindenden Wiesen in hübscher Lage, etwa 10 Minuten von Dberkirch entfernt, eignen sich zur Anlage einer Fabrik, zumal das Wassergefälle ein nicht unbedeutendes ist.
Die Steigerer haben solvante Bürgen zu stellen und fremde Steigerer sich mit legalen Vermögenszeugnissen auszuweisen.
Die übrigen Steigerungsbedingungen können jeden Donnerstag bei dem Unterzeichneten eingesehen werden.
Dberkirch, den 6. Februar 1868.
Der Vollstreckungsbeamte:
W. B. P. Reubel, Notar.

3.h.756. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Steinkohlenlieferung für die Militär-Verwaltung betreffend.
Die Lieferung des in der Zeit vom 1. Juli 1868/69 für sämtliche Garnisonen des Landes erforderlichen Bedarfs der Militär-Verwaltung an **Ruhrer Steinkohlen (Dienbrand)**, bestehend in **74,200 Tonnenn,** soll im Commissionsweg vergeben werden.
Die Lieferung hat in den Monaten März bis Juni d. J. zu erfolgen; die Bedingungen hiefür sind die bisher üblichen.
Angebote hierauf mit Angabe des Preises frei **Wagon Mannheim und Wagram**, der Quantitäten und der Gruben sind mit der Aufschrift „**Steinkohlenlieferung**“ längstens bis **Freitag den 28. Februar 1868, Vormittags 10 Uhr,** portofrei an das Großherzogliche Kriegs-Ministerium einzuliefern oder in die hierzu aufgestellte Commissionslade einzulegen.
Die Militär-Verwaltung behält sich die Wahl unter den Committenten vor und wird auf diejenigen, welche die Kohlen direct aus den Gruben beziehen und die gelaufene Lieferung übernehmen können, vorzugsweise Rücksicht nehmen.
Karlsruhe, den 15. Februar 1868.
Sekretariat des Großh. Kriegs-Ministeriums.
F. Fischer.

3.h.736. Untergrombach.
Stammholzversteigerung.
Die Gemeinde Untergrombach läßt auf **Freitag den 28. d. M., Morgens 9 Uhr,** im Gemeinewald dahier 30 Eichenstämme und 1 Buche, zu Holländer-, Bau- und Rugholz geeignet, auf der Hiebstätte selbst öffentlich versteigern.
Der Anfang ist im Vergwald.
Untergrombach, den 15. Februar 1868.
Das Bürgermeisteramt.
Stelger.

3.h.753. Nr. 119. Berghausen. (Holzversteigerung.) Mit Vergfrist bis Martini d. J. werden im Domänenwald Rittner in verschiedenen Abtheilungen die **Sams tag den 22. d. M.** die nachbenannten Hölzer versteigert:
1 Rothbuchen, 5 Hainbuchen und 10 Eichen-Ruthholstämme, 1 Tannenstamm, 50 Tannenstämme, 1/2 Klftr. eigenes Rugholz, 5 1/2 Klftr. Buche, 2 Klftr. eigene und 4 Klftr. Kadelholz-Scheiter, 20 Klftr. Buchen, eigene, eigene und gemischte Prügel, 2 1/2 Klftr. Stodholz und 7500 gemischte Wellen.
Zusammenkunft ist beim Rittnerhof, **Vormittags 9 Uhr.**
Berghausen, den 15. Februar 1868.
Großh. bad. Bezirksforstei.
Gamer.

3.h.773. Nr. 137. Karlsruhe (Holzversteigerung.) Freitag den 28. Februar d. J. kommen mit unverzinslicher Borgfristverwilligung bis Martini d. J. bei Zusammenkunft um 11 Uhr an der „**Hobbrück**“ zur Versteigerung:
Im Domänenwald Rappenswörth: 24 Eichen, 4 Nussbäume und 3 Eichenstämme, mittlerer Stärke; 6 1/2 Klftr. Rulchen, 3 Klftr. Eichen, 3 1/2 Klftr. Eichen und 1 1/2 Klftr. Weichholzprügel; 4200 gemischte harte und 8325 Weichholzwellen und 6 Loose Schlagabraum.
Im Domänenwald Rappenswörth: 33 1/2 Klftr. weiche Prügel; 6750 dergleichen Wellen und 6 Loose Schlagabraum.
Das Holz im Rappenswörth wird zuerst versteigert, mit Beginn des Langholzes.
Die Domänenwaldhüter werden auf Anfragen das Holz vorher näher vorgeigen.
Karlsruhe, den 16. Februar 1868.
Großh. bad. Bezirksforstei.
R. Schmitt.

3.h.775. Nr. 1210. Dberkirch. (Bekanntmachung.) Johanna Kiefer, Ehefrau des Josef Lebronn von Lufenhofen, will mit ihren beiden Kindern nach Nordamerika auswandern. Etwasige Gläubiger derselben haben sich **innen 8 Tagen** außergerichtlich mit ihr abzufinden oder ihre Ansprüche an dieselbe vor Gericht zu wahren, indem sonst nach Ablauf der Frist der Keiypash wird ausgefolgt werden.
Dberkirch, den 13. Februar 1868.
Großh. bad. Bezirksamt.
Meißner.

3.e.356. Nr. 1644. Stienheim. (Vorladung.) Wilhelm Banner von Schmiedheim, Ambros Gbelmann von Dberkirch, Wilhelm Bengler von Mühlwies, Karl H. von Kuff, Martin Baumann von da, Simon Ellenbogen von da, Willibald Bronnenmann von da, Karl Jäger von Stienheim, Benedikt Herr von Wallburg, Leopold Belker von Kuff, Josef Gble von Dberkirch, und Mathias Jehle von da werden der Refraktion angepöbeligt und zur Hauptverhandlung auf **Donnerstag den 5. März d. J., Vormittags 8 Uhr,** mit dem Dberh. vorgezogen, daß bei ihrem Ausbleiben das Urtheil nach dem Ergebnisse der Unternehmung werde gefällt werden.
Stienheim, den 8. Februar 1868.
Großh. bad. Amtsgericht.
Scherr.

3.e.380. Nr. 1398. Kenzingen. (Aufforderung.) Der Korporal beim Großh. Feld-Artillerieregiment, Konstantin Müller von Korbheim, hat sich am 11. d. M. unerlaubt aus seiner Garnison entfernt.
Derselbe wird aufgefordert, sich **innen 6 Wochen** entweder dahier oder bei seinem Kommando zu stellen, widrigenfalls die Einleitung des gerichtlichen Strafverfahrens wegen Desertion gegen ihn beantragt werden wird.
Zugleich wird dessen Vermögen mit Beschlagnahme belegt.
Kenzingen, den 14. Februar 1868.
Großh. bad. Bezirksamt.
Saader.

3.e.405. Nr. 4130. Waldshut. (Aufforderung und Fahndung.) Johann Sütterle von Eimeldingen ist der Fälligung einer Privatklunde zum Nachtheile des Großh. Post- und Eisenbahnministeriums dahier, sowie des Diebstahls zum Nachtheile des Valers Silbenbrand dahier, im Betrage von ungefähr 8 fl., angepöbeligt.
Da dessen gegenwärtiger Aufenthaltsort unbekannt ist, so wird derselbe hiermit aufgefordert, sich **innen 14 Tagen** dahier zu stellen und sich über das ihm zur Last gelegte Vergehen zu verantworten, indem sonst das Erkenntnis nach dem Ergebnisse der Untersuchung würde gefällt werden.
Zugleich eruchen wir sämtliche Behörden, den Johann Sütterle auf Verlangen mittelst Transports anber einzuliefern zu lassen.
Waldshut, den 14. Februar 1868.
Großh. bad. Amtsgericht.
Sofmann.

3.e.403. Nr. 3725. Pforzheim. (Aufforderung und Fahndung.) Heinrich Braun und Jakob Sigrist von Pforzheim (König. würt. Oberamts Waldshut) sind der am Sonntag den 9. Februar im Domänenwald Hagenkirch verübten schweren Wilderei angepöbeligt, haben sich jedoch der Untersuchung durch ihre Flucht entzogen.
Dieselben werden hiermit aufgefordert, sich **innen 14 Tagen** bei diesem Gericht zu stellen, widrigenfalls das Urtheil nach dem Ergebnis der Untersuchung gefällt werden wird.
Zugleich wird gebeten, auf die Genannten zu fahnden und sie im Vernehmungsfalle einzuliefern.
Pforzheim, den 14. Februar 1868.
Großh. bad. Amtsgericht.
Gärtner.

3.e.402. Nr. 4103. Gerlachshausen. (Fahndung.) In der Nacht vom 2. d. Mts. wurden im Bahnhof zu Lauda auf dem Bauplatz vor der neu zu errichtenden Wertstätte mehrere Fensterbänke u. dgl. beschädigt, weshalb um Fahndung auf den z. B. noch unbekanntem Thäter gebeten wird.
Gerlachshausen, den 13. Februar 1868.
Großh. bad. Amtsgericht.
Schwab.

3.h.784. Nr. 200. Karlsruhe. (Offene Stellen.) Bei der unterzeichneten Verwaltung wird die erste Gehilfenstelle mit einem jährlichen Gehalte von 600 fl., durch die Beförderung des bisherigen ersten Gehilfen, auf 1. März d. J. erledigt, und wollen sich die Herren Bewerber, aus der Reihe der schon geübten Kameralassistenten und Kanzleigehilfen alsbald unter Anschlag ihrer Zeugnisse anber wenden.
Karlsruhe, den 17. Februar 1868.
Großh. katb. Centralstiftungen-Verwaltung.